

# Konsolidierung ?

Remscheider Generalanzeiger 5.6.09  
**Städtische Grünflächen  
verwahrlosen aus Geldmangel**

Von Ariane Czerwon



Remscheider Generalanzeiger 18.6.09  
**Grünflächenpflege nicht  
mehr bezahlbar**

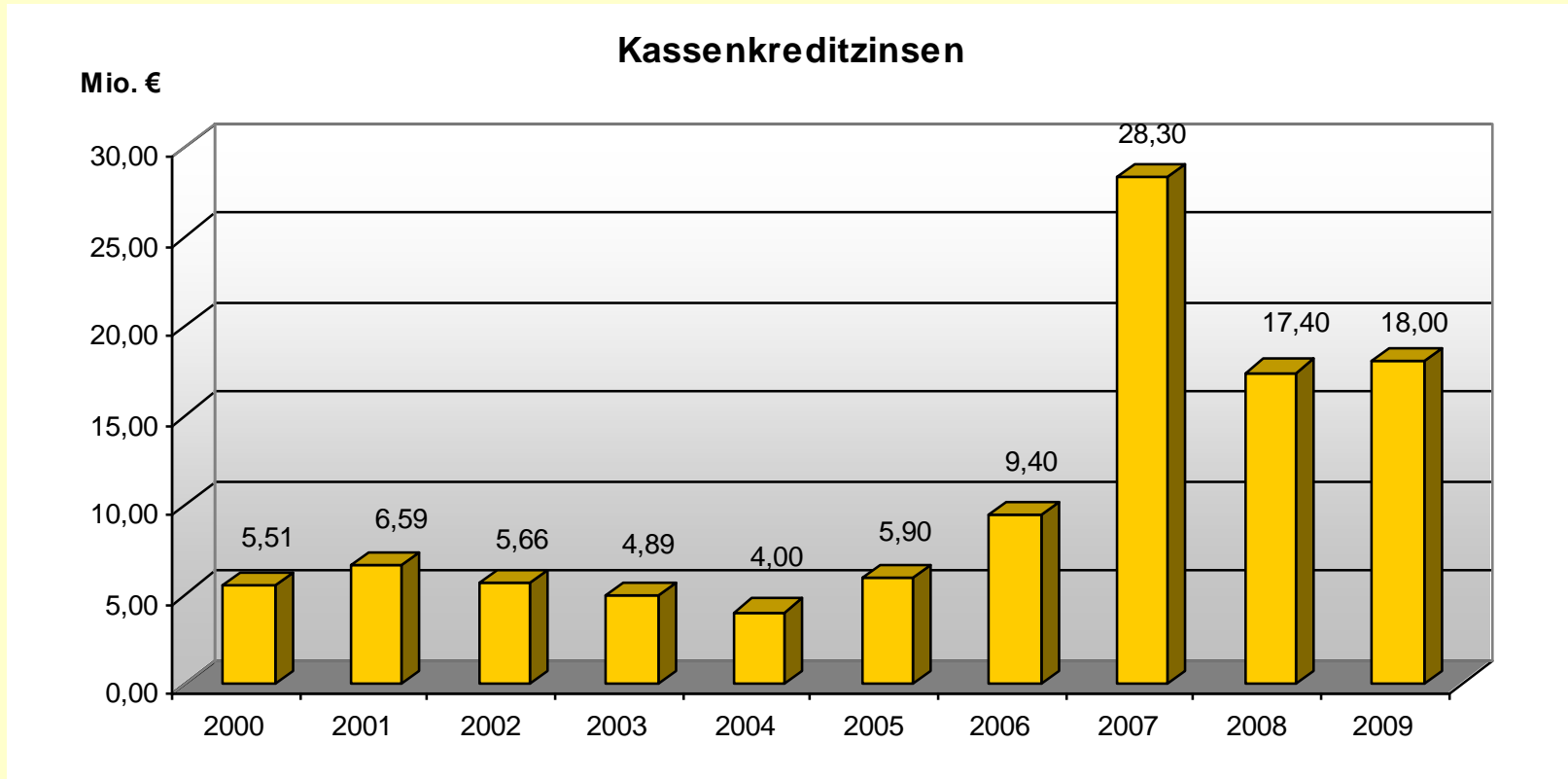
Von Axel Richter

---

# Stadt Remscheid – Fakten

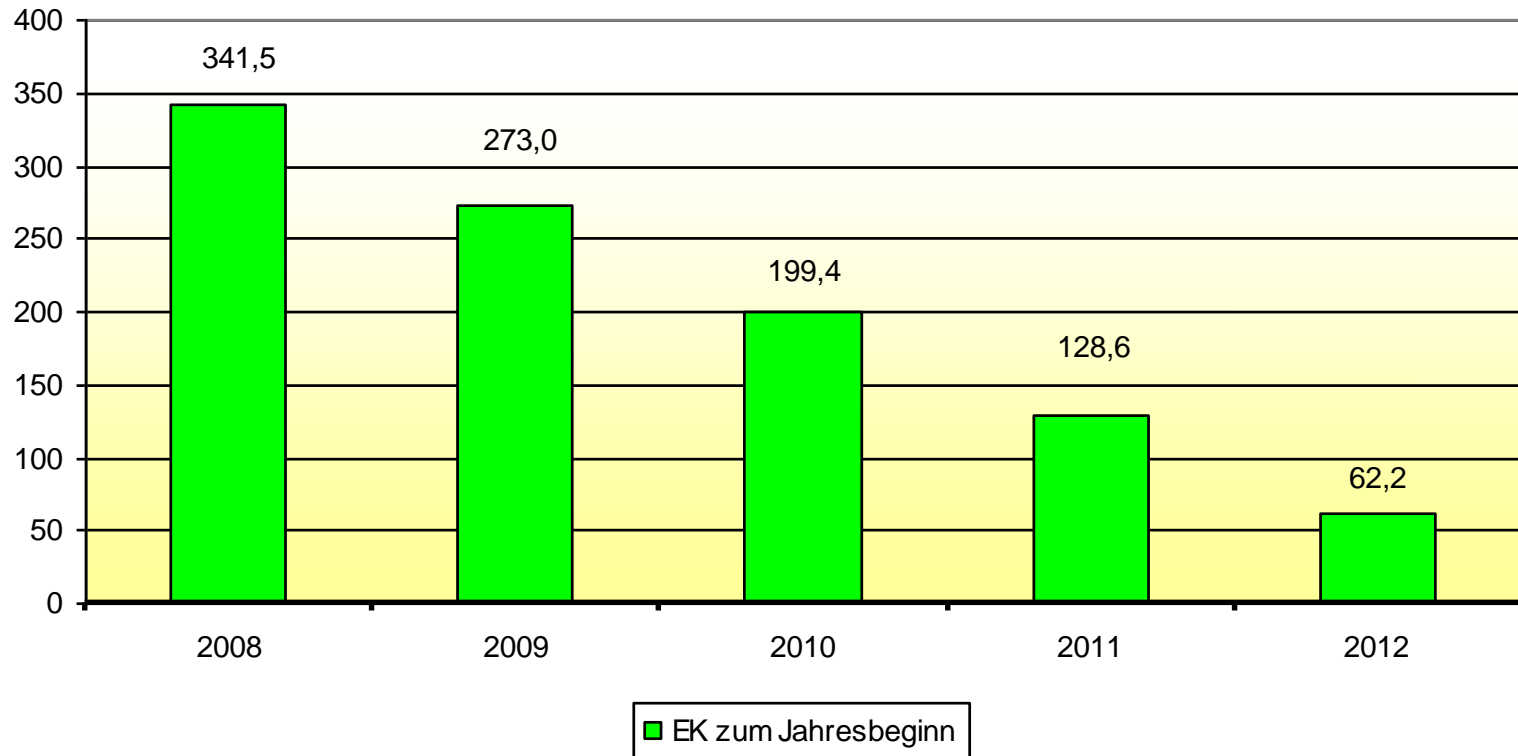
- Bevölkerung: 118 000 EinwohnerInnen
- Bevölkerungsentwicklung – 6%, starke Schrumpfung
- Verlust sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung (ca. 20.000 in 15 Jahren)
- Einnahmen: ca. 239 Mio. €
- Ausgaben: ca. 312 Mio. €
- Haushaltsdefizit ca. 73 Mio. € inkl. ca. 30 Mio. € Abschreibungen
- Gesamtverschuldung: ca. 480 Mio. €

# Zinszahlungen für Kassenkredite ca. 30% des Defizits



# Überschuldung spätestens 2012

Reduzierung des Eigenkapitals



---

# Konsolidierung seit 16 Jahren

- Rechnerischer Konsolidierungserfolg inkl. Verkäufen und Abgabenerhöhungen seit 1993: 500-600 Mio.
- Kumulierter Fehlbedarf  
1993: 15 Mio.  
2009: ca. 480 Mio.

---

# Fazit: Rödl und Partner

- Nach vollumfänglicher Umsetzung der Maßnahmen bleibt ein strukturelles Defizit von 23 Mio.
- Es ist heute nicht ersichtlich ob und ggf. durch welche Maßnahmen mit hinreichender Sicherheit eine Haushaltsausgleich erzielt werden kann.
- Nach 15 Jahren Konsolidierung keine Auffälligkeiten in Personal- und Leistungsstandards.
- **Aus Projektsicht ist daher davon auszugehen, dass die Stadt Remscheid im Finanzplanungszeitraum und möglicherweise darüber hinaus nicht in der Lage sein wird, ihren Haushalt aus eigener Kraft zu sanieren.**

# Nur Reiche können sich eine arme Kommune leisten

Rödl & Partner

## Diskussion des Szenarios „Rumpfverwaltung“ – Grobkalkulation

- Ausgangslage
  - Verbleibendes Delta: 25-30 Mio. EUR.
  - Annahme: zusätzliche Einsparung von 150 Arbeitsplätzen aus umfassender Geschäftsprozessoptimierung, IKZ und Neuausrichtung Personalwirtschaft (~ 10 Mio. EUR)\*
  - Fazit: Es müssen Aufgaben im Wert von 15-20 Mio. EUR abgebaut werden (~250 – 350 Arbeitsplätze)\*\*
  
- Notwendigkeiten
  - Vollständige Aufgabe aller freiwilligen Produkte bzw. Produktanteile bei gemischten Produkten (~ 100 Arbeitsplätze)
  - 150 – 250 Arbeitsplätze müssten in pflichtigen Produktbereichen abgebaut werden (20 % - 30 %)
  - Fazit: „Rumpfverwaltung“, Risiko der Standortgefährdung, Risiko der Rechtswidrigkeit, Risiko der arbeitsrechtlichen Umsetzbarkeit

\* Annahme: 60 TEUR p.a. pro Arbeitsplatz

\*\*Prämisse: Ausblendung Einnahmenseite und weiterer Vermögensveräußerungen zur Rückführung der Zinslast

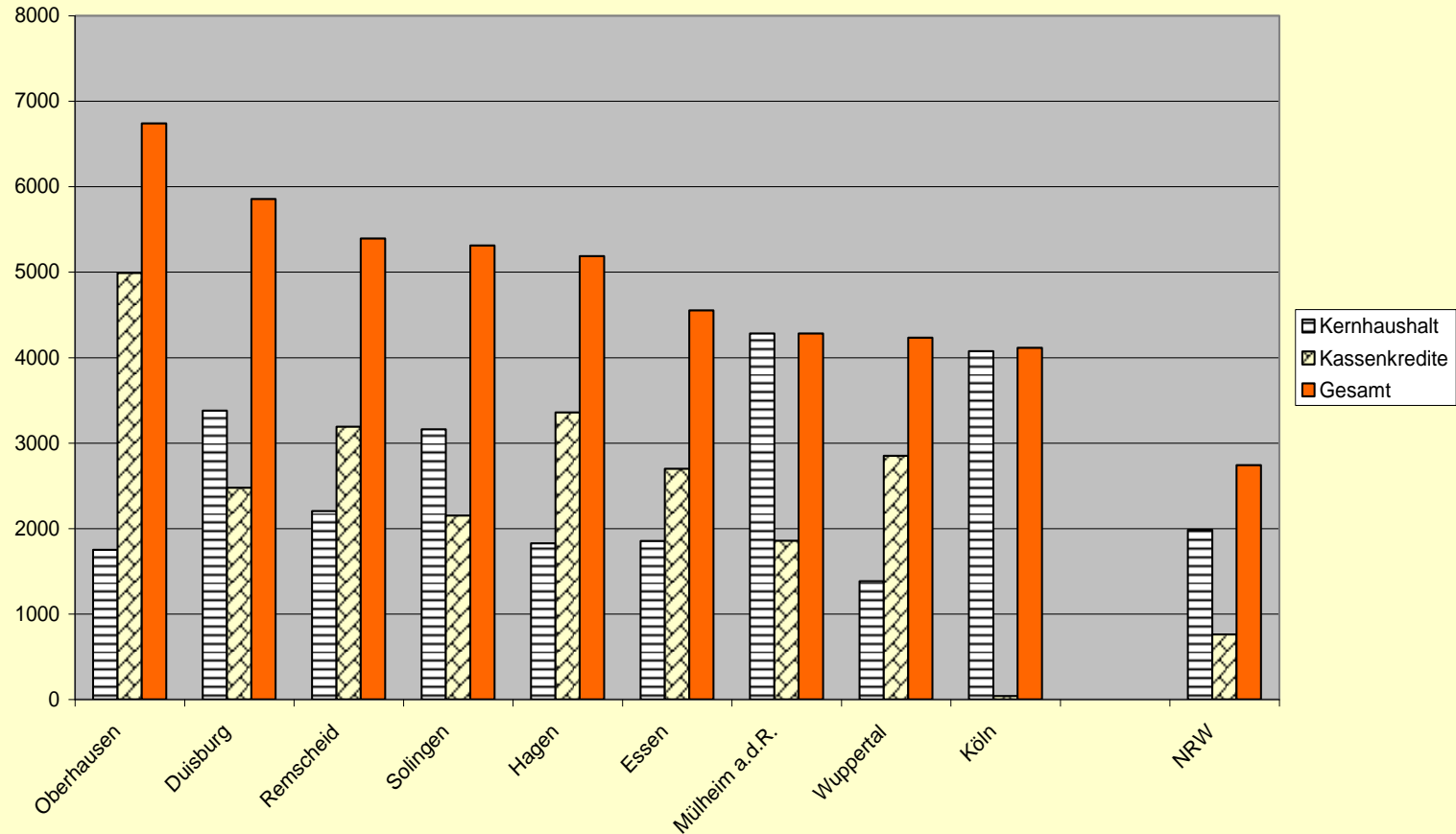
---

# Konsequenzen

- Ungleichgewichte in den Lebensverhältnissen (z.B. Kindergartenbeiträge, Steuern und Gebühren, Pflege öffentlicher Räume, Investitionen)
- Verlust der Standortqualität
- Verlust der kommunalen Selbstverwaltung

# Remscheid ist kein Einzelfall

Schuldenstand ausgewählter Kommunen pro Kopf der Bevölkerung (Daten LDS, 31.12.07)



---

# Wege aus der Krise - Vorschläge des Memorandums

- Klare Regeln – Verschuldungsgrenzen gekoppelt mit auskömmlicher Aufgabenfinanzierung und Nachhaltigkeitskomponente
- Unabhängige Haushaltsaufsicht als Kontrolleur und Anwalt der Kommunen
- Eigenkapitalsicherung – Nothilfe im Gegenzug für vorausschauende Haushaltsführung
- Generationenbeitrag

---

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit



---

# Forderungen aus dem Bergischen

- Einen Gemeindefinanzausgleich, der die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse nach dem Solidarprinzip erhält bzw. wieder herstellt.
- Eine strikte Einhaltung des Konnexitätsprinzips.
- Eine Berücksichtigung der besonderen Finanzierungsschwierigkeiten schrumpfender Städte bei den Schlüsselzuweisungen und in den Fördersystemen.
- Verzicht auf den bzw. Reduzierung des städtischen Eigenanteils insbesondere bei Bund-Land-Strukturförderprogrammen

---

# Forderungen aus dem Bergischen

- Eine Anerkennung von Ausgaben in Bildung und Verwaltungsumbau als Investitionen (inkl. entsprechender Förderungen).
- Aufstockung der Denkmalschutzmittel.
- Auflage eines Fonds zur Revitalisierung innerstädtischer Flächen.

---

# Forderungen aus dem Bergischen

- Klärung der Frage, in wie weit das Land bei Überschuldung der Kommunen in die Haftung zu nehmen ist.